PREMIUM EINSPRUCH EXKLUSIV

Verzerren Fake News den Völkermord-Vorwurf gegen Deutschland?

GASTBEITRAG **von Leslie Johns, Gregory Rose**

07.09.2026, 18:19 Lesezeit: 6 Min.

Nicaragua stützt seinen Völkermordvorwurf gegen Deutschland vor dem IGH auch auf WHO-Daten. Doch deren Erfassung weist erhebliche methodische Lücken auf.

Anhören Merken Teilen Verschenken Drucken

Die militärische Zusammenarbeit Deutschlands mit Israel beruht derzeit auf Einzelfallprüfungen. Bei jedem Antrag auf Ausfuhr von Rüstungsgütern wird abgewogen, ob der Empfänger das humanitäre Völkerrecht einhält. Von diesem Montag an verteidigt sich die Bundesrepublik vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, wo Nicaraguas Klage wegen angeblicher Beihilfe zum Völkermord in der Hauptsache weitergeführt wird. Beides hängt von ein und derselben Voraussetzung ab: einer präzisen und verlässlichen Darstellung der Ereignisse.

Für die Quantifizierung von Angriffen auf das Gesundheitswesen zitiert Nicaragua in seiner Klage eine UN-Pressemitteilung. Diese Pressemitteilung verweist ihrerseits auf die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Der konkrete Datensatz, aus dem die WHO-Zahlen stammen, wird allerdings in keiner Quelle zitiert. Dies ist das erste Glied der Kette, über das ungeprüfte Zahlen in ein Gerichtsverfahren gelangen, in dem es um den Vorwurf der Beihilfe zum Völkermord geht.

F.A.Z.-Artikel häufiger in Ihren Suchergebnissen sehen

F.A.Z. bei Google bevorzugen

Keine belastbaren Zahlen

Aus diesem Grund haben die Autoren dieses Gastbeitrags die WHO-Quelle monatelang analysiert – im Rahmen einer Studie, die von der Henry-Jackson-Society gemeinsam mit der Den-Haag-Initiative für Internationale Zusammenarbeit veröffentlicht wurde. Diese Studie kam zu dem Ergebnis, dass die Quelle nicht belastbar ist.

Das Überwachungssystem der Weltgesundheitsorganisation für Angriffe auf das Gesundheitswesen (Surveillance System on Attacks on Health Care, SSA) besteht seit 2017 und erfasst mittlerweile 26 Länder und Gebiete. UN-Dienststellen stützen sich darauf, UN-Sonderberichterstatter zitieren es in

offiziellen Berichten und Nichtregierungsorganisationen erstellen auf dieser Basis eigene Datensätze. Die Gesamtzahlen gelangen über Pressemitteilungen in Medienberichte und schließlich in Schriftsätze von Gerichtsverfahren – meist ohne jeden Vorbehalt gekennzeichnet als „verifiziert".

Unklare Terminologie

Es beginnt bereits bei dem Begriff des „Angriffs". Nach dem humanitären Völkerrecht ist ein Angriff eine Gewalttat im Kontext eines Krieges. Die WHO hingegen definiert ihn als Akt verbaler oder physischer Gewalt, als Gewaltandrohung, psychische Gewalt oder Beeinträchtigung von Gesundheitsdiensten. Dazu zählen Beschimpfungen, Festnahmen, Inhaftierungen und Sicherheitskontrollen.

Nach der eigenen Methodik der WHO kann der Fall eines Arztes, der an einem Kontrollpunkt warten muss und deshalb zu spät zur Schicht erscheint, als „Angriff auf das Gesundheitswesen“ erfasst werden. In der gesamten Datenbank ist, wie bereits erwähnt, bei weniger als einem von zehn registrierten Vorfällen ein Todesfall zu beklagen.

Auch die Einordnung und Analyse der Ergebnisse ist fragwürdig. Die WHO fasst Ost-Jerusalem, das Westjordanland und Gaza in eine einzige Berichtseinheit unter der Bezeichnung „besetzte palästinensische Gebiete“ zusammen. Bis Ende 2025 umfasste diese Berichtseinheit insgesamt 3229 Einträge. Eine Verzögerung an einem Kontrollpunkt in Jerusalem, die Durchsuchung eines Krankenwagens im Westjordanland und ein Luftschlag im Gazastreifen fließen somit in dieselbe Gesamtzahl ein.

Nach unserer Analyse stammen 38,6 Prozent dieser Einträge allerdings aus Zeiträumen, in denen vor Ort kein bewaffneter Konflikt stattfand. Eine Zahl, die routinemäßig als Gradmesser für den Gazakrieg zitiert wird, spiegelt also zu einem erheblichen Teil Ereignisse wieder, die andernorts und unter völlig anderen Bedingungen stattfanden.

Wann verlieren Krankenhäuser ihren Schutzstatus?

Nach den Genfer Konventionen verliert ein Krankenhaus seinen Schutzstatus, wenn es für Handlungen genutzt wird, die den Feind schädigen – etwa als Kommandoposten, Waffenlager oder Tunnelzugang. Die WHO veröffentlicht jedoch keinerlei Hinweise darauf, ob eine solche Einrichtung anders behandelt wird als Einrichtungen, die tatsächlich weiterhin unter dem Schutz der Genfer Konventionen stehen.

Die Datenbank verzeichnet allein 112 Ereignisse für Gaza zwischen dem 11. und 24. November 2023, als israelische Streitkräfte das Al-Schifa-Krankenhaus umzingelten und nach drei Tagen gescheiterter Evakuierungsgespräche durchsuchten. Somit steht dieser Einsatz, der durchgeführt wurde, weil ein Krankenhaus seinen Schutzstatus verloren hatte, in derselben Kategorie wie ein Angriff auf eine Einrichtung, bei der dies nicht der Fall war.

Woher kommen die Zahlen?

Außerdem verifiziert die WHO nicht, was sie veröffentlicht. Mitarbeiter bewerten lediglich die Glaubwürdigkeit eines Ereignisses. Sie gleichen gemeldete Todesfälle und Verletzungen weder mit Sterbeurkunden noch mit medizinischen Unterlagen ab und sie weisen keine Verantwortlichkeit zu. Die Fehler gehen in beide Richtungen: So wurde der russische Angriff auf das Ochmatdyt-Kinderkrankenhaus in Kiew im Juli 2024 mit Opferzahlen aufgeführt, die weit unter jenen liegen, die der UN-Sicherheitsrat Tage später erörterte – eine deutliche Untererfassung russischer Taten.

Der tödlichste Einzeleintrag im Datensatz ist jedoch die Explosion am Al-Ahli-Krankenhaus in Gaza im Oktober 2023, die innerhalb von Stunden Israel zugeschrieben wurde, bevor forensische Analysen sie auf eine im Gazastreifen fehlgeleitete Rakete zurückführten. Dieser Eintrag verbleibt in seiner ursprünglichen Form, ohne dass ein Staat ihm widersprechen kann. Wir haben eine Zufallsstichprobe der Datensätze untersucht und konnten weniger als einen von zehn Einträgen anhand einer öffentlich zugänglichen Quelle verifizieren.

Ein strukturelles Problem

Die Berichtsstruktur der WHO erklärt einen Großteil des Problems. Sie ist auf ihre Länderbüros und vorab ausgewählte lokale Partner angewiesen. Was sie misst, ist daher eher die Bereitschaft und Fähigkeit lokaler Netzwerke zur Berichterstattung als das tatsächliche Ausmaß der Gewalt. In Gaza untersteht das Gesundheitsministerium der Hamas.

Derselbe Systemfehler zeigte sich bereits weit entfernt vom Nahen Osten, dort allerdings unter umgekehrten Vorzeichen. Die Berichte verschleiern oft gewaltsame Vorfälle, anstatt zu ihrer Aufklärung beizutragen. Physicians for Human Rights hat seit dem Putsch von 2021 eine umfassende Repression gegen das Gesundheitspersonal in Myanmar dokumentiert, die größtenteils dem Militärregime zugeschrieben wird.

Die WHO dagegen verzeichnet für Myanmar über die gesamte Landesgeschichte hinweg lediglich 519 Einträge. Aus dem Irak wurden 2018 ganze 36 Ereignisse gemeldet, in den folgenden sieben Jahre sind Meldungen vollständig ausgeblieben. Die WHO-Meldepolitik wird so zum Werkzeug, um nach außen den Eindruck einer friedlichen Entwicklung zu erwecken.

Keine seriösen Vergleiche möglich

Das Problem liegt darin, dass ein derart unzulängliches System weder tragfähige Vergleiche zwischen Konflikten noch Schuldzuweisungen oder juristische Schlussfolgerungen sachlich ausreichend begründen kann. Trotzdem werden in den Berichten, die Berlin erreichen, auf dieser Grundlage Vergleiche angestellt.

Die Folgen dieser Methodik zeigen sich auf mehreren Ebenen: Nicht nur kann sich keine deutsche Behörde auf diese Zahlen stützen, auch eine deutsche Bundesregierung, die sich vor dem Internationalen Gerichtshof verteidigt, hat ein unmittelbares Eigeninteresse daran, dass die ihr vorgelegte Datengrundlage korrekt ist.

Die Bundesrepublik ist in der Position, deutlich zu machen, dass die WHO-

Datenerfassung in ihrer jetzigen Form unbrauchbar ist. Nachdem sich die Vereinigten Staaten im Januar zurückgezogen hatten, erhöhte Deutschland seine Beiträge zur WHO und gehört weiterhin zu den wichtigsten staatlichen Geldgebern der Organisation – und das zu einem Zeitpunkt, an dem es der WHO sowohl an Geld als auch an Verbündeten fehlt.

MEHR ZUM THEMA

F+ INTERNATIONALER GERICHTSHOF

Deutschland auf der Anklagebank

F+ F.A.Z. FRÜHDENKER

Worum geht es bei der Klage gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof?

F+ F.A.Z. FRÜHDENKER

Wie verteidigt sich Deutschland gegen den Völkermord-Vorwurf?

Wie weiter?

Vier Reformen könnten die Schwachstellen der WHO-Überwachung im Wesentlichen beheben: Zunächst sollte der Begriff „Angriff“ durch eine neutrale Formulierung wie „Beeinträchtigung der Gesundheitsversorgung“ ersetzt werden. Zweitens muss deutlich gemacht werden, dass die Daten weder Ländervergleiche noch juristische Schuldzuweisungen zulassen. Drittens sollten gemeldete Todes- und Verletztenzahlen verifiziert werden, was durch die WHO vor Ort durchaus möglich ist. Und viertens sollte das Recht auf eine öffentliche Gegendarstellung für jene Staaten geschaffen werden, die von diesen Einträgen betroffen sind.

Berlin sollte auf präzisen WHO-Berichten bestehen, damit die vermeintlichen Belege für Angriffe auf das Gesundheitswesen der hohen Bedeutung gerecht werden, die ihnen beigemessen wird.

Leslie Johns ist Professorin für Politikwissenschaft und Recht an der University of California, Los Angeles.

Gregory Rose ist Professor für internationales Recht an der University of

Wollongong.

Sie sind Autoren eines Berichts über die WHO-Daten zu Angriffen auf das Gesundheitswesen der Henry Jackson Society und der Den Haag Initiative für Internationale Zusammenarbeit.

Quelle: F.A.Z. Artikelrechte erwerben

Zur Startseite

Frankfurter Allgemeine

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2026
Alle Rechte vorbehalten.